Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3128

17. 10. 88

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/2934 —

Äthiopienbesuch von Bundesminister Klein

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat mit Schreiben vom 14. Oktober 1988 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Beabsichtigt die Bundesregierung nach dem Besuch von Bundesminister Klein in Äthiopien die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe? Was sind die Gründe, die dafür bzw. dagegen sprechen?

Die Entwicklungshilfe an Äthiopien ist nie eingestellt worden. Laufende Projekte der Finanziellen Zusammenarbeit und der Technischen Zusammenarbeit wurden weitergeführt. Daneben erhält das Land aus Deutschland Nahrungsmittelhilfe. Auch private deutsche Träger sind dort tätig. Allerdings hat Äthiopien seit 1976 keine Neuzusagen in der Finanziellen Zusammenarbeit mehr erhalten. Der Entscheidungsprozeß über die Wiederaufnahme der Finanziellen Zusammenarbeit und eine Verstärkung der Technischen Zusammenarbeit, in den auch das Parlament weiter einbezogen werden soll, ist noch nicht abgeschlossen. Es gilt, dabei außen-, entwicklungs- und ordnungspolitische Überlegungen sorgfältig abzuwägen.

2. Beabsichtigt die Bundesregierung, die mögliche Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe an Bedingungen zu knüpfen? Wenn ja, wie werden diese Bedingungen aussehen?

Rahmenbedingungen, die den Entwicklungsprozeß fördern, sind allgemein Voraussetzung erfolgreicher entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Sie müssen auch im Falle Äthiopiens vorliegen.

3. Welchen Schwerpunkt wird die voraussichtliche Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe haben?

Eine verstärkte Zusammenarbeit könnte die ökologische Rehabilitierung dürregeschädigter Regionen (z. B. durch Aufforstung), die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durch Kleinbauern und generell die Befriedigung von Grundbedürfnissen (z. B. die Versorgung mit sauberem Trinkwasser) zum Ziel haben.

4. Ist der Bundesregierung bekannt, ob auch andere Staaten der EG und die Vereinigten Staaten ihre Entwicklungshilfepolitik gegenüber Äthiopien verändern?

Seit geraumer Zeit ist ein Dialog westlicher Staaten sowie der EG und multilateraler Organisationen mit der äthiopischen Führung über entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen in Gang gekommen. Die Bundesregierung hat keine Informationen über nennenswerte Veränderungen der bisherigen Entwicklungspolitik westlicher Geber gegenüber Äthiopien.

5. Hat Bundesminister Klein während seines Besuches in Äthiopien den kriegerischen Konflikt in Eritrea und dessen ungeklärten völkerrechtlichen Status zur Sprache gebracht?

Bundesminister Klein hat während seines Besuchs sowohl im Gespräch mit dem äthiopischen Präsidenten als auch gegenüber anderen Vertretern der politischen Führung und vor der Öffentlichkeit mehrfach und eindringlich auf die Notwendigkeit einer friedlichen – und damit politischen – Lösung bestehender innenpolitischer Auseinandersetzungen, einschließlich der Konflikte in Eritrea und Tigre, hingewiesen.

Ebenso hat Bundesminister Klein wiederholt, auch gegenüber dem äthiopischen Staatspräsidenten Mengistu, Menschenrechtsfragen angesprochen.

6. Hat Bundesminister Klein während seines Besuches in Äthiopien die anderen kriegerischen Konflikte innerhalb Äthiopiens und in diesem Zusammenhang auch die Menschenrechtsfragen zur Sprache gebracht?

Siehe Antwort auf Frage 5.

7. a) Wie hat Bundesminister Klein während seines Besuches in Äthiopien den Punkt III.2 des von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages einstimmig gefaßten Beschlusses vom 10. Dezember 1987 (Drucksache 11/1482) umgesetzt, in dem die Bundesregierung „insbesondere aufgefordert" wird, „auf eine politische Lösung des Eritrea- und Tigraykonflikts hinzuwirken, da diese Konflikte das Hungerproblem wesentlich verschärfen und Mittel und Kräfte binden, die das Land dringend für seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung braucht"?

   b) Welche Schritte wird die Bundesregierung in Zukunft unternehmen, um den Punkt III.2 der gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 10. Dezember 1987 in die Tat umzusetzen?

Zu a)

Siehe Antwort auf Frage 5.

Zu b)

Gemeinsam mit ihren europäischen Partnern in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) erörtert die Bundesregierung gegenwärtig weitere Schritte, die dem Ziel einer politischen Lösung der Konflikte in Eritrea und Tigre dienen.

8. a) Hat Bundesminister Klein während seines Besuches in Äthiopien gegen die Massaker der äthiopischen Armee an der Zivilbevölkerung in Eritrea und Tigray protestiert, über die u. a. die Frankfurter Rundschau am 19. Mai 1988 und Rupert Neudeck vom Notärzte Komitee „Cap Anamur" in der Süddeutschen Zeitung vom 27. Mai 1988 berichteten?

   b) Wird die Bundesregierung in Zukunft gegen derartige Massaker bei der äthiopischen Regierung protestieren?

Zu a)

Bundesminister Klein hat seine Gespräche in Äthiopien in Kenntnis dieser Meldungen geführt. Die äthiopische Regierung bestritt die behaupteten Massaker. Sie wies allerdings darauf hin, daß die Kämpfer der Eriträischen Befreiungsfront keine Uniformen trügen und deshalb Verwechslungen mit Zivilisten nicht ausgeschlossen werden könnten, was bedauert würde.

Zu b)

Die Bundesregierung wird sich weiterhin mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Wahrung der Menschenrechte einsetzen.

9. Ist Bundesminister Klein bekannt, daß während seines Besuches in Äthiopien am 23. August 1988 von dem staatlichen Rundfunksender Radio Addis Abeba eine Rede vom Politbüromitglied Lagese Afsaw ausgestrahlt wurde, in der es hieß: man „werde die Waffen nicht niederlegen, bevor nicht alle Banditen ausgerottet sind" und damit die Volksbefreiungsfront in Tigray TPLF gemeint war?

Die Rede war Bundesminister Klein nicht bekannt.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333

Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3128

17. 10. 88

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/2934 —

Äthiopienbesuch von Bundesminister Klein

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat mit Schreiben vom 14. Oktober 1988 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Beabsichtigt die Bundesregierung nach dem Besuch von Bundesminister Klein in Äthiopien die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe? Was sind die Gründe, die dafür bzw. dagegen sprechen?

Die Entwicklungshilfe an Äthiopien ist nie eingestellt worden. Laufende Projekte der Finanziellen Zusammenarbeit und der Technischen Zusammenarbeit wurden weitergeführt. Daneben erhält das Land aus Deutschland Nahrungsmittelhilfe. Auch private deutsche Träger sind dort tätig. Allerdings hat Äthiopien seit 1976 keine Neuzusagen in der Finanziellen Zusammenarbeit mehr erhalten. Der Entscheidungsprozeß über die Wiederaufnahme der Finanziellen Zusammenarbeit und eine Verstärkung der Technischen Zusammenarbeit, in den auch das Parlament weiter einbezogen werden soll, ist noch nicht abgeschlossen. Es gilt, dabei außen-, entwicklungs- und ordnungspolitische Überlegungen sorgfältig abzuwägen.

2. Beabsichtigt die Bundesregierung, die mögliche Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe an Bedingungen zu knüpfen? Wenn ja, wie werden diese Bedingungen aussehen?

Rahmenbedingungen, die den Entwicklungsprozeß fördern, sind allgemein Voraussetzung erfolgreicher entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Sie müssen auch im Falle Äthiopiens vorliegen.

3. Welchen Schwerpunkt wird die voraussichtliche Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe haben?

Eine verstärkte Zusammenarbeit könnte die ökologische Rehabilitierung dürregeschädigter Regionen (z. B. durch Aufforstung), die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durch Kleinbauern und generell die Befriedigung von Grundbedürfnissen (z. B. die Versorgung mit sauberem Trinkwasser) zum Ziel haben.

4. Ist der Bundesregierung bekannt, ob auch andere Staaten der EG und die Vereinigten Staaten ihre Entwicklungshilfepolitik gegenüber Äthiopien verändern?

Seit geraumer Zeit ist ein Dialog westlicher Staaten sowie der EG und multilateraler Organisationen mit der äthiopischen Führung über entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen in Gang gekommen. Die Bundesregierung hat keine Informationen über nennenswerte Veränderungen der bisherigen Entwicklungspolitik westlicher Geber gegenüber Äthiopien.

5. Hat Bundesminister Klein während seines Besuches in Äthiopien den kriegerischen Konflikt in Eritrea und dessen ungeklärten völkerrechtlichen Status zur Sprache gebracht?

Bundesminister Klein hat während seines Besuchs sowohl im Gespräch mit dem äthiopischen Präsidenten als auch gegenüber anderen Vertretern der politischen Führung und vor der Öffentlichkeit mehrfach und eindringlich auf die Notwendigkeit einer friedlichen – und damit politischen – Lösung bestehender innenpolitischer Auseinandersetzungen, einschließlich der Konflikte in Eritrea und Tigre, hingewiesen.

Ebenso hat Bundesminister Klein wiederholt, auch gegenüber dem äthiopischen Staatspräsidenten Mengistu, Menschenrechtsfragen angesprochen.

6. Hat Bundesminister Klein während seines Besuches in Äthiopien die anderen kriegerischen Konflikte innerhalb Äthiopiens und in diesem Zusammenhang auch die Menschenrechtsfragen zur Sprache gebracht?

Siehe Antwort auf Frage 5.

7. a) Wie hat Bundesminister Klein während seines Besuches in Äthiopien den Punkt III.2 des von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages einstimmig gefaßten Beschlusses vom 10. Dezember 1987 (Drucksache 11/1482) umgesetzt, in dem die Bundesregierung „insbesondere aufgefordert" wird, „auf eine politische Lösung des Eritrea- und Tigraykonflikts hinzuwirken, da diese Konflikte das Hungerproblem wesentlich verschärfen und Mittel und Kräfte binden, die das Land dringend für seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung braucht"?

   b) Welche Schritte wird die Bundesregierung in Zukunft unternehmen, um den Punkt III.2 der gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 10. Dezember 1987 in die Tat umzusetzen?

Zu a)

Siehe Antwort auf Frage 5.

Zu b)

Gemeinsam mit ihren europäischen Partnern in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) erörtert die Bundesregierung gegenwärtig weitere Schritte, die dem Ziel einer politischen Lösung der Konflikte in Eritrea und Tigre dienen.

8. a) Hat Bundesminister Klein während seines Besuches in Äthiopien gegen die Massaker der äthiopischen Armee an der Zivilbevölkerung in Eritrea und Tigray protestiert, über die u. a. die Frankfurter Rundschau am 19. Mai 1988 und Rupert Neudeck vom Notärzte Komitee „Cap Anamur" in der Süddeutschen Zeitung vom 27. Mai 1988 berichteten?

   b) Wird die Bundesregierung in Zukunft gegen derartige Massaker bei der äthiopischen Regierung protestieren?

Zu a)

Bundesminister Klein hat seine Gespräche in Äthiopien in Kenntnis dieser Meldungen geführt. Die äthiopische Regierung bestritt die behaupteten Massaker. Sie wies allerdings darauf hin, daß die Kämpfer der Eriträischen Befreiungsfront keine Uniformen trügen und deshalb Verwechslungen mit Zivilisten nicht ausgeschlossen werden könnten, was bedauert würde.

Zu b)

Die Bundesregierung wird sich weiterhin mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Wahrung der Menschenrechte einsetzen.

9. Ist Bundesminister Klein bekannt, daß während seines Besuches in Äthiopien am 23. August 1988 von dem staatlichen Rundfunksender Radio Addis Abeba eine Rede vom Politbüromitglied Lagese Afsaw ausgestrahlt wurde, in der es hieß: man „werde die Waffen nicht niederlegen, bevor nicht alle Banditen ausgerottet sind" und damit die Volksbefreiungsfront in Tigray TPLF gemeint war?

Die Rede war Bundesminister Klein nicht bekannt.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333